

Rede des Ministerpräsidenten.

Eine brave Rede: das muß dem Herrn Ministerpräsidenten der Reiz lassen. Lauter Reform und Fortschritt, überall soll man Hand anlegen, dazu kein ungeschaffenes Wort: wer könnte aus dieser Rede Grund zur bösen Kritik saugen? Nur eben, daß sich in der harten Welt der Politik sogleich die Frage einstellt, wie die Regierung alle diese schönen und minder schönen Absichten zu verwirklichen gedenkt. Und da sieht es freilich nicht so einfach aus wie in dem Kopfe eines Ministerpräsidenten, der so ein Kapitel nach dem anderen hernimmt und für jedes Gebiet des Lebens eine wahre Flut von Befruchtung verheißt. Ueberblickt man das Abgeordnetenhaus, wie es eben wirklich ist, so ergibt sich, daß sich irgend eine Gruppierung, die das darstellen würde, was man eine Mehrheit nennt, nicht errechnen, geschweige denn herausbilden läßt. Der staatsmännische Gedanke des Herrn v. Seidler ist, daß in dem Bewußtsein der Zusammengehörigkeit mit Oesterreich, das alle Nationen erfüllt, die Grundlage für ein Zusammenwirken der Parteien im Parlament gegeben ist; daß die gleiche Staatsgesinnung der Nationen der Rohstoff sei, aus dem sich die Mehrheit, die im Parlament für Oesterreich arbeiten will, formen ließe und formen werde. Aber der holde Schein löst sich alsogleich auf, wenn man ihm die wahren und letzten Absichten der Nationen entgegenstellt, von denen man, ohne einer unrecht zu tun, wohl sagen kann, daß ihnen allen ihr Eigenes wichtiger und größer dünkt als die Gemeinsamkeit, die von ihnen, wenn sie sein soll, herbe Verzicht fordert. Vielleicht wird es so werden, daß sich das Arbeiten und Mitarbeiten an sachlichen Reformen trotz aller Gegensätze einstellen wird; und wenn es so wird, so wird es gut sein. Die Not geht durch das Land und zwingt zu schaffender Arbeit; man kann sich auch ein Parlament vorstellen, das leistungsfähig ist und große Probleme bezwingt, wenngleich es in politischer und nationaler Hinsicht jeder Einheit und Einigkeit entbehrt. Aber das können nur die Dinge selbst herbeiführen; auf eine Kraft dieser Regierung, der alles Zwingende fehlt, wird man wohl nicht zu rechnen haben.

Die Rede des Herrn v. Seidler ist vollgepfropft mit Ankündigungen von Reformen und dennoch macht sie den Eindruck von Veraltetem; es ist ihr wirklich nicht anzumerken, daß sie in einer Zeit gesprochen worden ist, „wie sie die Weltgeschichte noch nicht gesehen hat“. Jener neue Geist, von dem wir eigentlich meinten, daß er heute jeden ergriffen haben müßte, der Geist der Demokratie wird in ihr nicht lebendig. Kein Wort verrät die Erkenntnis, daß eine neue Zeit herangekommen ist, eine Zeit, in der das Volk, das diesen entsetzlichen Krieg führt und erleidet und gewinnt, in sein volles Recht eingesetzt werden müsse; eine Zeit, die durch das Selbstbestimmungsrecht der Völker und durch die Gleichheit aller Rechte und Pflichten innerhalb jedes Volkes gekennzeichnet ist; eine Zeit, die die Würde des Staatsbürgers erhöht und das Volk selbst zur tragenden Macht im Staate erhebt. Wo ist da ein Ideal zu sehen, für das sich die Menschen und Völker in diesem Staate erwärmen

könnten und sollen? Innere Verfestigung des Staates, österreichischer Staatsgedanke; das sollen wir dem Staate geben. Aber was gibt er uns? Den Nationen verweist der Ministerpräsident „solche Ideologien, die sich mit dem Staate in Widerspruch setzen“; aber ist es nicht auch der Staat, der sich da mit Lebendigem in Widerspruch setzt? Doch was bietet diese Reformregierung den Menschen, den Staatsbürgern, insbesondere jenen, die von der gegenwärtigen Staatsordnung so benachteiligt sind? Ueberall denkt man doch auch an die politische „Neuorientierung“, fühlt die Pflicht, politisches Unrecht zu beseitigen, Demütigungen der Staatsbürger, die der Obrigkeitsstaat hervorruft, abzuschwächen; den österreichischen Machthabern scheint jedes Bewußtsein der Notwendigkeit politischer Reformen zu fehlen. Daß die Arbeiter in Land und Gemeinde noch geradezu rechtlos sind, ist ihnen wohl ganz unbekannt; wenigstens der Herr v. Seidler verrät nicht, daß er sich darüber jemals Gedanken gemacht hätte. Ein Staatsgedanke, der nur

von Verzichtern leben kann, wird wenig Anziehungskraft ausüben, und eine Programmrede, die vor die Völker und Menschen kein Ideal zu stellen vermag, wird niemandem warm machen.

Demokratie will das Volk und Frieden. Der Ministerpräsident hat auch über die Friedensmöglichkeiten gesprochen und sich begnügt, die Antwort an den Papst zu umschreiben. Aber das Volk, das leidende und gedrückte Volk, hat da noch manches hinzuzufügen und sagt den Herrschenden, daß die zögernden, unbestimmten und so vielfältige Ausdeutung zulassenden Noten nicht mehr genügen. Wir wissen, daß dieses Zögern in Deutschland zum nicht geringem Maße von der Furcht vor jener imperialistischen Strömung herrührt, mit der man so lange geliebäugelt hat, die man genährt und großgezogen hat und die nun als eine düstelhafte Macht dasteht, deren Terrorismus auch die Faktoren unterliegen, die über Krieg und Frieden leider noch immer allein bestimmen möchten. Dieser deutsche Imperialismus liegt wie ein Block vor den Friedensmöglichkeiten, und die Hauptaufgabe ist, ihn aus dem Wege zu räumen. Das Volk will den Frieden und gewärtigt, daß nichts verabsäumt werde, was die Möglichkeit zu Friedensverhandlungen herbeiführen kann; es ist der entschiedenen Ueberzeugung, daß da fortan kein Vorwand auf die Gegner zulässig sei. Der Ruf nach dem Frieden übertönt alle Noten und Programmreden.